Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Austräger und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeigenpreise: Die 5gespaltene Petitzeile für Anzeigen aus Aue und Umgegend 20 Goldpfennige, auswärtige Anzeigen 25 Goldpfennige, Reklame-Petitzeile 60 Goldpfennige, amtliche Zeile 45 Goldpfennige.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1066

Nr. 291 — Sonntag, den 14. Dezember 1924 — 19. Jahrgang

Die Parteiführer beim Reichskanzler.

Marx erneut gegen den Bürgerblock. — Ein Kabinett Lerchenfeld?

Berlin, 12. Dezember. Der Reichskanzler hat heute um 11 Uhr vormittags die Führer der Koalitionsparteien empfangen. Es waren erschienen für die Deutsche Volkspartei Scholz, Zapf und Curtius, für das Zentrum Stegerwald, Peter Spahn und Becker-Arnsberg, für die Demokraten Koch und Erkelenz.

Bei der Besprechung des Reichskanzlers mit den Führern der Koalitionsparteien legte der Kanzler eingehend die Gründe dar, warum er für seine Person die Bildung einer Bürgerblockregierung ablehne, und machte dann den Parteiführern Mitteilungen über die bisherigen Verhandlungen des Kabinetts, die zu dem bekannten Rücktrittsbeschluß geführt haben.

In der Aussprache lehnten die Demokraten eine Beteiligung an einer Rechtsregierung einmütig ab. Der volksparteiliche Abgeordnete Scholz teilte nochmals die Entscheidung des Vorstandes seiner Fraktion mit, daß sich seine Partei nur an einer Regierungsbildung auf rein bürgerlicher Grundlage beteiligen werde. Die Zentrumsführer konnten noch keinerlei Erklärungen für ihre Fraktion abgeben, da die Fraktion erst am Mittwoch nächster Woche zusammentreten wird.

Die Haltung der Deutschnationalen.

Reichskanzler Marx empfing gestern nachmittag gegen 1/25 Uhr die Vertreter der Deutschnationalen Volkspartei. Erschienen waren die Abgeordneten Winkler, Hergt, Graf Westarp und Schiele. Der Kanzler legte den Deutschnationalen in eingehenden Ausführungen seine persönliche Auffassung über die auf Grund der Wahlen zu befolgenden Richtlinien bei der Regierungsbildung dar. Er wies auch bei diesem Empfang darauf hin, daß die Wahlen, auch wenn man von der stärkeren Wahlbeteiligung absehe, zweifellos einen Ruck nach links gebracht hätten, der eine offenkundige Bestätigung der bisherigen Politik bedeute. Mit Rücksicht auf diese Tatsache halte er eine Bürgerblockregierung außenpolitisch für untragbar. Der Kanzler teilte den Deutschnationalen noch formell den Rücktrittsbeschluß des Kabinetts mit. Die Deutschnationalen begnügten sich mit der Entgegennahme der Erklärungen des Kanzlers. Sie sind auf die Erwartung des Reichskanzlers, ihm gegenüber zu den politischen Fragen Stellung zu nehmen, nicht eingegangen. Der Kanzler hat von einer direkten Frage an die Deutschnationalen, wie sie sich zur Regierungsbildung stellen und welche Politik sie zu treiben gedächten, zunächst abgesehen.

Das Zentrum gegen den Bürgerblock.

Berlin, 12. Dez. Wie aus parlamentarischen Kreisen hier verlautet, wurde die Stellungnahme der Zentrumsfraktion des preußischen Landtages, die sich für die bisherige große Koalition aus Zentrum, Demokraten, Sozialdemokraten und Deutscher Volkspartei in Preußen ausspricht, in einer gemeinschaftlichen Sitzung, die am Freitag abend mit Mitgliedern der Reichstagsfraktion abgehalten wurde, gebilligt. Wie weiter verlautet, wurde bei dem heutigen Empfang der deutschnationalen Parteiführer beim Reichskanzler nicht die Frage der Regierungsbildung besprochen, vielmehr wurden neben rein technischen Fragen — wie die der Vorbereitung der Reichstagstagung — einige andere politische Fragen, die der Militärkontrolle und die des Völkerbundes, behandelt.

Graf Lerchenfeld?

Die „Frankfurter Zeitung" schreibt, daß die neuerlichen Versuche, wenigstens Dr. Geßler als Fachminister für ein Rechtsblockkabinett zu gewinnen, aussichtslos sein dürften, da Geßler nicht, ohne seiner Partei und damit sich selbst untreu zu werden, in einer weiter rechts eingestellten Regierung verbleiben könnte. Ganz sicher aber würde die Partei nicht in der Lage sein, auf einen solchen persönlichen Abmarsch Rücksicht zu nehmen. Das Blatt erwähnt den Gedanken, den Grafen Lerchenfeld an die Spitze einer Rechtsblockregierung zu stellen und bemerkt: „Graf Lerchenfeld würde in einem Reichskabinett mit den Deutschnationalen nicht Führer, sondern Geführter sein. Ein Grandseigneur, der bei den trefflichsten persönlichen Eigenschaften so stark wie er jeder politischen Leidenschaft und des rücksichtslosen aktiven Willens ermangelt, ohne die im Kampf der Parteien nichts zu erreichen ist, der kann ganz sicher Außenstehenden für die Haltung einer Regierung unter deutschnationalem Einfluß keinerlei Sicherheit bieten."

Die nationale Gefahr des Bürgerblocks.

Washington, 12. Dez. Die Schwierigkeiten der deutschen Kabinettsbildung werden hier mit allergrößtem Interesse verfolgt. Die Bildung des Bürgerblocks wird als ungünstig bezeichnet, jedenfalls als weit ungünstiger als die Wiederherstellung des Kabinetts Marx in seiner jetzigen Form. Ein Bürgerblockkabinett würde zweifellos hier als monarchistisches Kabinett betrachtet werden, was den Glauben an Deutschlands Friedfertigkeit aufs schärfste erschüttern könnte. Die Folge würde sein, daß weitere Investierungen von amerikanischem Kapital als gefährlich angesehen werden würden. Auch die wirtschaftliche und soziale Struktur Deutschlands wird als unstabil betrachtet, sollte die größte und hier als bestorganisiert angesehene sozialdemokratische Partei in scharfer Opposition zur Regierung bleiben.

Die Einberufung des Reichstages.

Berlin, 12. Dez. Die Pressemeldungen über eine Einberufung des Reichstages für den 22. oder 23. Dezember sind falsch. Nach einer Mitteilung des Reichsministeriums des Innern kann die endgültige Feststellung des Wahlergebnisses erst am 27. Dezember erfolgen. Dieses Endergebnis muß aber vorliegen, ehe der Reichstag einberufen werden kann. Montag nachmittag, den 15. Dezember, tritt der Ausschuß für Wahrnehmung der Rechte der Volksvertreter (Ueberwachungsausschuß) zusammen. Er wird sich mit verschiedenen Fragen beschäftigen. Für Donnerstag, den 17. d. M., ist der Ausschuß für die Personalabbauverordnung einberufen. Das Zentrum hält seine erste Fraktionssitzung am 17. Dezember ab.

Die Reichstagswahl im Kreis Westsachsen und die Deutschdemokraten.

Von Alfred Brodauf, M.d.R.

Die Partei der „Totgesagten", die nach Inseraten der Deutschen Volkspartei „in voller Auflösung" befindliche deutschdemokratische Partei, hat sich im Reich nicht nur behauptet, es fallen ihr auch von den durch stärkere Wahlbeteiligung hinzugekommenen 20 neuen Reichstagsmandaten allein 4 zu; sie hat prozentual ebenso zugenommen, wie die deutsche Volkspartei und stärker als die Deutschnationalen, deren Zuwachs von 7 Mandaten noch nicht den dritten Teil des Verlustes der ihnen nahestehenden Völkischen und Deutschsozialen (26 Mandate) ausmacht. Nur in vier von den 35 Wahlkreisen haben die Deutschdemokraten eine Stimmenabnahme zu verzeichnen. Darunter befinden sich, während der Kreis Leipzig mit einem Plus von 6000 Stimmen abgeschlossen hat, die beiden anderen sächsischen Wahlkreise Dresden (ein Minus von 12 000) und Chemnitz (ein Minus von 2800). In Dresden liegt der Grund für den Rückgang wesentlich darin, daß die Wirtschaftspartei, die anderwärts meist schon bei den Maiwahlen in Wettbewerb trat, hier erst jetzt auftauchte. In Chemnitz (Westsachsen) ist der Stimmenrückgang kein einheitlicher gewesen. In Zwickau-Stadt und -Land, Chemnitz-Stadt und -Land, Stollberg-Land und einigen Städten, insbesondere Crimmitschau, Lichtenstein-Callnberg, ist eine — teilweise sogar erhebliche — Stimmenzunahme der Demokraten zu verzeichnen, dem aber ein stärkerer Rückgang im Vogtland und oberen Erzgebirge (Stadt und Land Annaberg) gegenübersteht. Das Ergebnis für die Partei mit dem geringen Minus von 2800 kam jedenfalls nicht überraschend, es stellt sich angesichts der besonderen Verhältnisse im Wahlkreise als ein ehrenvolles Sichbehaupten der Partei dar. Denn in keinem anderen Wahlkreise ist der Kampf gegen sie mit solcher Heftigkeit, Gehässigkeit und Verlogenheit geführt worden, als gerade in Westsachsen. Hatten es im Mai die Deutschdemokraten nur mit den Deutschnationalen und Völkischen zu tun, so gesellte sich diesen jetzt die deutsche Volkspartei hinzu. Die Tatsache, daß diese Partei in den Regierungen des Reiches, Sachsens und Preußens mit den Demokraten gegen die Deutschnationalen steht, bekümmerte die volksparteilichen Ortsvereine im Wahlkreise nicht, es bekümmerte sie nicht, daß sie, wenn sie die Demokraten u. a., wie es in Chemnitzer Inseraten geschah, als „Geschmeiß" bezeichneten, damit ihr eigenes Nest beschmutzten, da ja ihr Stresemann in der Reichsregierung mit Leuten von diesem „Geschmeiß", mit Geßler und Hamm, zusammensitzt. Es kam der deutschen Volkspartei zustatten, daß das Bürgertum, speziell in Sachsen, zum größten Teil noch in den politischen Kinderschuhen steckt; sonst hätte eine Partei, deren einzig feststehendes Prinzip die Grundsatzlosigkeit ist, eine empfindliche Niederlage erleiden müssen. Neben den Deutschnationalen war die Volkspartei in der Lage, in ihrem fast ausschließlich gegen die Demokraten gerichteten Kampfe mit gewaltigen Geldmitteln arbeiten zu können, die ihr nach ihrer Rechtsschwenkung von der Industrie zur Verfügung gestellt wurden. Wer während der Wahlzeit die auswärtige, z. B. die Dresdner und Leipziger Presse verfolgt hat, dem wird aufgefallen sein, daß dort nicht annähernd das schwere Inseratengeschütz gegen die Deutschdemokraten aufgefahren worden ist wie gerade im Wahlkreis Westsachsens. Nimmt man hinzu, daß die gesamte bürgerliche Tagespresse in Westsachsen mit ganz wenig Ausnahmen, vor allem die in Chemnitz und Plauen, in ihrem redaktionellen Teil weit mehr die Demokraten bekämpft, als die Sozialdemokraten und Kommunisten, so kann es nur wunder nehmen, wie die Deutschdemokraten im Kampfe gegen eine solche Uebermacht immer noch über 55 000 Stimmen im Kreis haben aufbringen können. Nur deshalb, weil sie über einen ansehnlichen Stamm überzeugter Anhänger verfügen, an denen alle Verleumdungen abprallen; politisches Treibholz befindet sich nicht bei ihnen. Die deutsche Volkspartei hat falsch gerechnet, wenn sie glaubte, auf der Weide der Deutschdemokraten grasen zu können. Ihren Gewinn von 19 200 Stimmen hat sie ebenso wie die deutschnationale Partei, nur aus dem Lager der Völkischen (— 81 400), der Deutschsozialen (— 700) und der Wirtschaftspartei (— 5000) gezogen.

Die Völkischen sind trotz ihres unerhörten Auftretens im Reichstage, insbesondere auch gegen Dr. Stresemann, im Wahlkampf von der deutschen Volkspartei mit keinem Wort angegriffen worden, nur die Deutschdemokraten haben neben den Sozialdemokraten den Kampf gegen die Ludendorffpartei geführt. Bezeichnend ist es, daß die aus Bayern nach dem Vogtland und Westsachsen herübergetragene Hitler-Ludendorffbewegung hier sich noch mit über 50 Prozent ihres Bestandes vom 4. Mai, in Plauen sogar mit 80 Prozent,

Deutschland fordert die Räumung von Köln.

Botschafterbesuch in London.

Genf, 12. Dezember. Das Pariser „Journal" meldet aus London, daß der deutsche Botschafter in einem persönlichen Schritt bei Baldwin am Mittwoch die offiziellen Ansprüche Deutschlands auf Räumung der Kölner Zone am 10. Januar 1925 geltend gemacht habe. Man habe dem Botschafter eine klare Antwort nicht gegeben mit Rücksicht auf den bevorstehenden Bericht der Entwaffnungskommission in Deutschland, von dem auch der englische Standpunkt abhängig gemacht werde.

Befriedigender Stand der Abrüstung Deutschlands.

Paris, 12. Dez. Auf Grund einer amtlichen Information stellen die Blätter übereinstimmend fest, daß die Veröffentlichungen der „Daily Mail" über einen angeblichen Bericht der Kontrollkommission an die Botschafterkonferenz und die alliierten Regierungen den Tatsachen nicht entsprechen und außerordentliche Uebertreibungen enthalten. Ein Bericht der Kontrollkommission ist überhaupt noch nicht verfaßt worden. Die alliierten Regierungen sind über den Stand der Rüstungskontrolle in Deutschland lediglich durch die laufenden vierzehntägigen Mitteilungen der Militärkontrollkommission unterrichtet. Eine hohe militärische Persönlichkeit erklärte dem „Matin", daß, wenn auch Deutschland nicht allen Verpflichtungen vollkommen nachgekommen sei, der Stand der deutschen Rüstungen zu Besorgnissen keinen Anlaß gebe und eine unmittelbare Bedrohung der französischen Sicherheit nicht darstelle. Die Veröffentlichung der „Daily Mail" und das Echo, das sie in der französischen nationalistischen Presse gefunden hat, entpuppt sich immer mehr als ein rein politisches Manöver, das das „Oeuvre" als geheime Brunnenvergiftung bezeichnet.

England drängt auf Entscheidung in der Kontrollfrage.

London, 12. Dez. Der diplomatische Vertreter des „Daily Telegraph" verzeichnet eine peinliche Ueberraschung in hiesigen amtlichen Kreisen über das Vorliegen von Meldungen, über den Bericht der Kontrollkommission, der sich vielleicht um 4 bis 5 Wochen aus unbekannten Gründen verzögere, mit der offenbar der britische Hauptdelegierte in der Kommission, der in London weilt, nichts zu tun hat. Die legale Position der Alliierten in der Kölner Zone werde sehr delikat sein, denn der 10. Januar verstreiche, ohne daß auf Grund des vorgelegten Berichtes der Kontrollkommission eine Entscheidung in der Räumungsfrage getroffen worden sei. London bemühe sich daher, rechtzeitige Vorlegung zu erzielen.

SLUB
Wir führen Wissen.